

IWH-Pressemitteilung 27/2015

Halle (Saale), den 6. Juli 2015

Die Ablehnung des Reformprogramms als Chance für ein Reformprogramm

Der Präsident des IWH sieht die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Europäischen Union (EU) noch nicht am Ende: Ein Grexit nach dem Referendum erscheint nur auf den ersten Blick unausweichlich. Durch den Rücktritt von Finanzminister Varoufakis und die Stärkung der Legitimation der griechischen Regierung ergibt sich eine kleine Chance auf Einigung mit der EU. Es bleiben aber nur wenige Tage.

Die Griechen haben am Sonntag das Reformpaket mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Auf den ersten Blick scheint damit die Lage eindeutig: Wenn ihr der langfristige Erfolg des Euros am Herzen liegt, muss die EU auf Reformen bestehen. Aber wenn Griechenland Reformen ablehnt, ist die geordnete Einführung einer neuen Währung dem Verbleib im Euro vorzuziehen. Der Verbleib im Euro würde, da die Europäische Zentralbank (EZB) die Versorgung der griechischen Banken mit Euro wohl einstellen müsste, nur mit der Einführung einer Parallelwährung (basierend auf Schuldscheinen der Regierung) funktionieren. Eine Parallelwährung hätte aber noch katastrophalere Folgen für die ärmsten Teile der Bevölkerung und für den Unternehmenssektor, der in Euro verschuldet ist und sofort großflächig Pleite wäre. Bei einer vollständigen Umstellung auf eine neue Währung könnten dagegen auch die einheimischen Schulden der Unternehmen in die neue Währung umgewandelt werden, was die Folgen des Ausstiegs aus dem Euro für die Unternehmen abfedern würde.

Auf den zweiten Blick liegt überraschenderweise in dem Ergebnis der Volksabstimmung, verbunden mit dem überraschenden Rücktritt Varoufakis', auch eine reale Chance auf eine Einigung. Griechenland steht mit dem Rücken zur Wand, was wohl inzwischen selbst Ministerpräsident Tsipras verstanden hat. Mit dem „Erfolg“ der Ablehnung im Rücken fällt es der Regierung vielleicht jetzt leichter, ein leicht abgewandeltes Reformprogramm zu akzeptieren und umzusetzen. Es scheint, dass die Griechen nicht so sehr die Reformen selbst, sondern die empfundene Erniedrigung durch die EU abgelehnt haben. Das bedeutet: Gerade jetzt muss die EU bereit sein, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und hoffen, dass jetzt der letzte Strohalm für eine Einigung vor dem totalen Kollaps der Wirtschaft in Griechenland ergriffen wird. Das Fenster für Verhandlungen schließt sich jetzt sehr schnell, aber es ist tatsächlich immer noch offen.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Tel.: +49 7753 700, E-Mail: president@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Dr. Stefanie Orphal
E-Mail: presse@iwh-halle.de

Sperrfrist:

6. Juli 2015,
11:30 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Reint E. Gropp
Telefon:
+49 345 7753 700
E-Mail:
president@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**),
Bundesministerium der
Finanzen (**BMF**), Bundes-
kanzleramt

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Europäische Zentralbank,
Parallelwährung, Staatsan-
leihen, Euroraum,
Reformen

Aktueller Bezug:

Referendum in Griechen-
land, Verhandlungen Euro-
Gruppe und Griechenland,
Grexit

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.